

# Alle gemeinsam ...

## *... gegen die große Koalition der Lohn-, Zeit- und Sozialräuber*

Mit der Rede von Bundeskanzler Schröder am 14. März diesen Jahres wurden die sozialen Rechte großer Teile der Bevölkerung zur Disposition gestellt. Die unter dem Titel AGENDA 2010 angekündigten Maßnahmen sind heute in den parlamentarischen Beratungen und sollen bis zum Jahresende verabschiedet werden. Mit der Kündigung der Tarifverträge über Sonderzahlungen im öffentlichen Dienst ist nun auch der/dem letzten klar geworden, dass es nicht nur um die sozialen Rechte von Erwerbslosen geht, sondern auch die Erwerbstätigen zunehmend zur Sanierung der öffentlichen Haushalte ihr Scherflein beitragen sollen. Dass die Landesregierung von Nordrhein Westfalen da nicht hinten an stehen will, versteht sich fast von selbst. Vorher haben allerdings erst die von der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gebildete Bundes- und Landesregierung durch ihre Steuergeschenke an die großen Konzerne dafür gesorgt, dass die finanziellen Grundlagen für die öffentlichen Haushalte desaströs geworden sind.

Gleichzeitig betreibt die Bundesregierung ihre Politik der Umverteilungspolitik von unten nach oben weiter; dies verdeutlichen die aktuellen Vorhaben:

### *Gesundheitspolitik*

Die vorgesehenen Maßnahmen führen (bis 2006) zu einer Mehrbelastung der Versicherten von insgesamt 20 Milliarden Euro. Die Unternehmer werden dagegen alleine durch die Aufgabe der paritätischen Finanzierung bei Zahnersatz und Krankengeld um 4 Milliarden Euro entlastet. Weitere Milliardeneinsparungen für die Unternehmer ergeben sich aus der Senkung der Beitragssätze, die sogar zwingend vorgeschrieben werden sollen. Diese sollen 2007 bei durchschnittlich 12,15% liegen (2003 13,6%).

### *Hartz-Gesetze III und IV*

Diese Gesetze regeln die Absicherung bei Arbeitslosigkeit neu. Die Bezugsdauer des beitragsfinanzierten Arbeitslosengeldes wird von maximal 32 auf 12 Monate reduziert. Lediglich Arbeitslose über 55 Jahre erhalten es 18 Monate. Die bisherige lohnbezogene Arbeitslosenhilfe wird praktisch zur Sozialhilfe (und deshalb mit dieser zum Alg II zusammengelegt). Sie beträgt pro Person gut 300 Euro plus Miete. Gegenüber heute müssen Arbeitslose dann einen monatlichen Verlust bis 450 Euro hinnehmen. Ehegatten sind nicht mehr mit versorgt, sondern müssen arbeiten gehen oder selbst Leistungen beantragen. Für Alg II-Arbeitslose und ihre Ehegatten ist **jede** Arbeit zumutbar. Da für den Bezug von Arbeitslosenhilfe (Alg II) Bedürftigkeit nachgewiesen werden muss, werden viele ihre nicht riestergeschützten Altersrücklagen weitgehend verbrauchen müssen. Außerdem sind Eltern und Kinder wieder gegenseitig unterhaltspflichtig. Das alles nur, um den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu senken, was die Unternehmer milliardenschwer entlastet.

## Steuerreform 2004

Bei der Diskussion über die anstehende Steuerreform wird häufig übersehen, dass dies ein zentrales Vorhaben für die Politik der Begünstigung von Menschen mit hohem Einkommen ist. So wird zum Beispiel die jährliche Entlastung für eine Person mit einem Einkommen von 30.000 Euro nur 611 Euro betragen; die Steuersenkung für eine Person mit einem Einkommen von 100.000 Euro beträgt dagegen 4.537 Euro – also gut das Siebenfache!

An diesen Beispielen kann jede/r erkennen, dass der soziale Kahlschlag der Bundesregierung, aber auch der anderen Parteien, alle Teile der abhängig Beschäftigten trifft. Im Frühjahr haben der DGB und ein Teil der Einzelgewerkschaften gegen diese Politik mobilisiert. Aus verschiedenen Gründen ist die Führung der DGB-Gewerkschaften von der Linie des Widerstandes gegen diese unsoziale Politik wieder auf Gesprächskurs gegangen. Eins muss uns klar sein: Mit einer Demo wie der heutigen allein werden wir diese Politik nicht stoppen können. Dazu braucht es schon stärkere Aktionsformen. Hier in Nordrhein-Westfalen muss noch eine erhebliche Schüppe draufgelegt werden! Da dürfen wir auch nicht davor zurückschrecken, Aktionen während der Arbeitszeit gegen den Lohnraub und die Arbeitszeitverlängerung durchzuführen. Regelmäßige Aktionstage in den Betrieben, Schulen und Verwaltungen, vor allem während der parlamentarischen Beratungen werden auch den Oberprediger für neoliberale Politik, den Ministerpräsidenten Peer Steinbrück, ins Grübeln bringen. Wir müssen ihm und seiner Landesregierung ganz klar zu erkennen geben, dass wir erst Ruhe geben, wenn diese Schweinereien vom Tisch sind!

